

Handlungsfähigkeiten und politisches Arbeitnehmer:innenbewusstsein. Plädoyer für eine Revitalisierung und Repolitisierung der Bewusstseinsforschung

Wolfgang Menz ¹

Zusammenfassung: Die klassischen Studien zum Arbeiterbewusstsein umfassten immer auch die politische Dimension des Bewusstseins – eine Dimension, die in der Folge der (ansonsten weitgehend berechtigten) Kritik an dieser Forschungstradition verloren gegangen ist, wie die späteren Arbeiten zu subjektiven Orientierungen von Beschäftigten zeigen. Der Beitrag plädiert demgegenüber für eine „Repolitisierung“ der Bewusstseinsforschung, wozu das Verhältnis der Erfahrungsfelder ‚Arbeit‘ und ‚Politik‘ allerdings begrifflich neu gefasst werden müsste. Dazu werden die Begriffe der „Handlungsfähigkeiten“, der „Orientierungsmuster“ (als Oberbegriff von Deutungs- und Anspruchsmustern) sowie der „Vergleichshorizonte“ vorgeschlagen. Am Beispielfall rechtspopulistischer politischer Orientierungen wird die Tauglichkeit der vorgeschlagenen Systematik anschließend illustriert.

Abstract: The classical studies on workers’ consciousness included the political dimension of consciousness – a dimension that later on has been lost as a result of the (otherwise largely justified) criticism of this research tradition, as the newer studies on subjective orientations of workers show. In contrast, this article argues for a “repoliticisation” of the consciousness studies. This would, however, require a conceptual redefinition of the relationship between the fields of experience ‘work’ and ‘politics’. To this end, the concepts of “agencies” (“capacities to act”), “patterns of orientation” (as a generic term for patterns of interpretation and claims) and “horizons of comparison” are proposed. The suitability of these concepts is then illustrated using the example of right-wing populist political orientations.

¹ Prof. Dr. Wolfgang Menz, Universität Hamburg, E-Mail: wolfgang.christian.menz@uni-hamburg.de

1 Einleitung

„Es ist die Mitwirkung nicht an der demokratischen Willensbildung, sondern an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die das größere Potenzial enthält, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Gesellschaftsmitgliedern zu stiften und damit zur Integration sich ansonsten indifferent gegenüberstehende Individuen beizutragen“, zugleich seien damit, nach Axel Honneth, „auch positive Effekte in Hinblick auf den Willen und die Fähigkeit zur Teilnahme am demokratischen Prozess der deliberativen Willensbildung“ zu erwarten. Oder, negativ gesprochen, „[j]e kleiner das Mitspracherecht am Arbeitsplatz, je geringer die Herausforderungen und Aufgaben der Tätigkeit, der man beruflich nachgeht, so fasst Carol Pateman ihre Sichtung des empirischen Materials zusammen, desto schwächer ist das Vertrauen in die eigene politische Wirkmächtigkeit“ (Honneth 2020: 215, 216-217).

Was Axel Honneth hier formuliert, dass nämlich die Erfahrungen in der Arbeit zentral für die normative Integration der Gesellschaft und für die Bereitschaft zur politischen Beteiligung sind, sollte für die aktuelle Arbeits- und Industriosozologie als Herausforderung begriffen werden. Zwar vermag er unter Rückgriff auf Marx und insbesondere auf Durkheim seine Thesen sozialtheoretisch zu untermauern; für den Verweis auf die empirische Bestätigung dieses Zusammenhangs muss er allerdings auf Literatur zurückgreifen, die mehr als fünfzig Jahre alt ist.² Dies verweist auf ein gravierendes Defizit der aktuellen Arbeitssoziologie, nämlich den Zusammenhang von Arbeitserfahrungen und den politischen Orientierungen und Ansprüchen zu vernachlässigen – ein Thema, das bis in die 1970er Jahre zu den klassischen Themenstellungen der (damals noch Industriosozologie genannten) Disziplin zählte. Die sogenannte „Bewusstseinsforschung“ der 1960er und 1970er Jahre untersuchte nicht nur Orientierungen von Beschäftigten, zumeist (männlichen) Arbeitern, im Hinblick auf Arbeit und Interessenvertretung, sondern auch ihre Gesellschaftsvorstellungen sowie ihre Ansprüche und Erwartungen gegenüber der Politik. Zwar finden sich in den letzten Jahren einige Revitalisierungsversuche im Hinblick auf die Analyse politischer Orientierungen von Arbeitnehmer:innen, diese sind bislang aber noch eher bruchstückhaft, denn sie beziehen sich nur auf ausgewählte Beschäftigtengruppen und sind daher in ihrer empirischen Reichweite begrenzt. Auffälliger noch ist, dass dieser Zusammenhang von Arbeitserfahrungen und Politik deutlich untertheoretisiert ist.

Dass die Bewusstseinsforschung (bzw. in aktuellen Begriffen formuliert: die Forschung zu Deutungen und Ansprüchen von Arbeitnehmer:innen) sich gleichsam „entpolitisiert“ hat, geschah natürlich nicht grundlos. In einem ersten Schritt möchte ich diesen Entpolitisierungsprozess und seine Ursachen kurz nachzeichnen sowie auf die jüngsten Entwicklungen im Untersuchungsfeld eingehen. Vermutlich wenig überraschend ist, dass ich für eine *Revitalisierung*

² Der Gerechtigkeit bzw. Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Honneth dem Text Carol Patemans von 1970 an anderer Stelle noch die sozialphilosophische Studie von Andrea Veltman zu „meaningful work“ von 2016 zur Seite stellt. Interessanterweise rekurriert der neuere Text aber viel weniger als der erstgenannte auf empirisch belegte Zusammenhänge zwischen der Erfahrung der Arbeit als sinnvoll und bedeutsam und politischen Ansprüchen und politischer Beteiligung (Pateman 1970; Veltman 2016). Zu ergänzen bleibt immerhin, dass es durchaus aktuelle internationale Nachfolgestudien zu Patemans Spillover-These gibt (z. B. Kim 2021) sowie – auf Deutschland bezogen – eine Untersuchung zum Einfluss von Beteiligungserfahrungen am Arbeitsplatz und Einschätzungen zur Demokratie sowie rechtspopulistischen Orientierungen (Kiess/Schmidt 2020). Insgesamt ist der Zusammenhang aber sehr wenig empirisch erforscht.

der Bewusstseinsforschung und zugleich ihre *Repolitisierung* plädieren möchte. Was dieses Plädoyer begründet und wichtiger noch, wie dies realisiert werden kann, ohne in die Probleme der vergangenen Bewusstseinsstudien zurückzufallen, ist Gegenstand von Abschnitt zwei. Dazu ist eine theoretische Neukonzeption des Verhältnisses von ‚Arbeit‘ und ‚Politik‘ hinsichtlich der hier zur Diskussion stehenden subjektiven Orientierungen notwendig. Zwar weit entfernt davon, ein umfassendes theoretisches Konzept vorlegen zu können, sollen hier doch einige zentrale Begriffe, Grundunterscheidungen und Basisannahmen skizziert werden, die aus meiner Sicht dazu geeignet sein könnten, künftige arbeitssoziologische Studien zum Verhältnis von Arbeit und Politik anzuleiten.³ Deren Tauglichkeit wird im dritten Abschnitt an einem Beispiel illustriert. Am Ende steht ein kurzer Ausblick.

2 Die Tradition der Bewusstseinsforschung und ihre Entpolitisierung

Die „Bewusstseinsforschung“ war lange Zeit nicht nur am *Arbeitsbewusstsein*, also den Wahrnehmungen und Einstellungen zur eigenen Tätigkeit und zum eigenen Betrieb, sondern auch am *Arbeiterbewusstsein* interessiert, also an der Frage nach den klassenbezogenen Bewusstseinsformen, die immer auch Vorstellungen über die eigene Situiertheit im gesellschaftlichen Ganzen sowie politische Orientierungen einschloss. Zunächst war dies die Frage nach der Integration der Arbeiterschaft⁴ in die ökonomisch prosperierende Nachkriegsgesellschaft, später dann die nach einer potenziellen Revitalisierung des Klassenbewusstseins angesichts einer nicht mehr ganz so prosperierenden Ökonomie des späten, zunehmend krisenhaften Fordismus.⁵

I. Als Hauptwerk der *Initialphase der Bewusstseinsforschung* lässt sich das „Gesellschaftsbild des Arbeiters“ (Popitz et al. 1957) benennen, das bis heute nicht nur als Klassiker der Arbeits- und Industriosozologie gilt, sondern seit einigen Jahren auch wieder die explizite begriffliche Vorlage für Studien liefert. Mit dem Gesellschaftsbildbegriff wird insbesondere die Frage der gesellschaftlichen Selbstverortung sowie der Veränderbarkeit sowohl der eigenen sozialen Position wie auch der Gesellschaft insgesamt akzentuiert. Zu den Grundlagenwerken dieser Phase wären noch die Studie von Theo Pirker, Burkart Lutz und Siegfried Braun (1955), sowie – mit etwas gutem Willen – die Frankfurter Betriebsklimastudie (IfS 1955, Teschner 1961, Friedeburg 1963) zu zählen, insofern es auch dieser Studie um die subjektiven Orientierungen der Beschäftigten geht.

Diesen drei umfangreichen empirischen Untersuchungen ist gemein, dass sie Fragen der Mitbestimmung eine besondere Bedeutung beimessen. Mitbestimmung wird dabei verstanden als genuin politische Frage, als Frage staatlichen Handelns (angesichts der Einführung der

³ Die hier vorgestellten Überlegungen sind entstanden im Kontext eines in Arbeit befindlichen Forschungsantrags, an dem neben mir Sarah Nies und Martin Seeliger beteiligt sind. Wir hoffen also, dass diese Überlegungen tatsächlich einmal in die arbeitssoziologische Forschungspraxis umgesetzt werden können.

⁴ Die männliche Form ist hier bewusst gewählt, weil die Bewusstseinsstudien sich ganz überwiegend auf die männliche Industriearbeiterschaft fokussiert hatten.

⁵ Ausführlicher Menz 2009: 17–58, vgl. Menz 2021.

Montan-Mitbestimmung), als Maßnahme gesellschaftlicher Demokratisierung und als Instrument, um die Monopolmacht der Stahl- und Eisenindustrie (angesichts ihrer unheilvollen Rolle im Nationalsozialismus) einzuhegen, zugleich aber auch als Instrument der gesellschaftlichen Integration und Teilhabe der Arbeiterschaft. Es ging also weniger als in der aktuellen Mitbestimmungsforschung um konkrete Fragen der Funktionsweise und Reichweite betrieblicher Mitbestimmungsgremien, um Typen von Arbeitsbeziehungen in unterschiedlichen Unternehmensformen usw., sondern um eine Grundfrage der Nachkriegsgesellschaft, die weit über arbeits- und industriesoziologische Themen und Interessen hinausreichte: die nach dem Bewusstsein und der Stellung von Arbeitern in einer spezifischen Entwicklungsphase des Kapitalismus.

II. Erst im *Goldenen Zeitalter der Bewusstseinsforschung* von Ende der 1960er bis Anfang der 1980er wird der marxistisch inspirierte Begriff des (Arbeiter-)Bewusstseins explizit ins Zentrum gerückt und in der entsprechenden Theorietradition verortet. Popitz et al. etwa sprachen überwiegend von „Einstellungen“ oder „Erfahrungen“, vom „politischen Denken“ und natürlich von „Gesellschaftsbildern“; der Begriff des Bewusstseins taucht vor allem als Teil von Komposita („Leistungsbewusstsein“, „Kollektivbewusstsein“) auf. Wenn man mit Gerhard Brandt (1984) zwischen industriesoziologischen Arbeiten unterscheidet, die sich mit den klassischen Themen der Marxschen Theorie wie Technisierung, Klassenbildung und Bewusstsein auseinandersetzen, und solchen, die dies darüber hinaus unter explizitem Rückgriff auf das Marxsche Begriffsinstrumentarium tun (*dass* es überhaupt einen Marxbezug gibt, trifft für ihn praktisch auf die gesamte Industriosociologie bis dahin zu), dann zählen Popitz et al. zur erstgenannten Gruppe, die Bewusstseinsstudien des Goldenen Zeitalters zur zweiten.

In fast allen dieser Studien ging es immer auch um genuin *politische* Orientierungen und ihren Zusammenhang mit Erfahrungen in der Arbeit. Als Bestimmungsgründe der Einstellungen und Ansprüche hinsichtlich Politik werden dabei sowohl arbeitsplatzbezogene Erfahrungen (z. B. die Einführung neuer Technologien in der Göttinger Bewusstseinsstudie, Kern/Schumann 1970) angeführt, Fragen der Differenzierung und Hierarchisierung zwischen Beschäftigtengruppen in der Frankfurter Untersuchung (Eckart et al. 1974 und 1975; Herding/Kirchlechner 1979) wie auch – stärker generalisierend – die allgemeinen Bedingungen und Widersprüche des Lohnarbeiterdaseins in der Erlanger Untersuchung (Kudera et al. 1979). Insbesondere in den späteren Arbeiten wird die Eigenständigkeit der subjektiven Sinnorganisation gegenüber ihrem Gegenstand, etwa in Form von „Deutungsmustern“ (Neuendorff/Sabel 1976) oder „sozialen Relevanzstrukturen“ (Hack et al. 1979) betont. Damit waren die Studien durchaus nicht so deterministisch, wie es ihnen manche Vorwürfe des Ableitungsmarxismus anhängen wollten.

III. Trotzdem und zugleich aus (etwas anders gelagerten) guten Gründen erfolgte seit den 1980er Jahren eine grundsätzliche Umorientierung in der Bewusstseinsforschung, die nun auch nach und nach diesen Namen verlor. In den vorangegangenen Studien würden die Arbeiter als passive Träger von Bewusstseinsstrukturen, nicht als Subjekte oder Akteure konzeptualisiert („Bewusstsein ohne Subjekt“), so eine zentrale Kritik von Günter Voß (1984). Arbeiter:innen galten zwar interessant als politische Massenakteure, zum Beispiel als Gewerkschaftsmitglieder, als Wähler:innen, als Mitglieder einer Klasse, aber nicht als eigenständig Handelnde

in betrieblichen Kontexten oder im Rahmen ihrer eigenen Lebensgestaltung, auch über die Erwerbsarbeit hinaus (siehe auch Giegel 1989).

Aus dieser Neuorientierung entwickelte sich eine „subjektorientierte (Arbeits-)Soziologie“, die die Organisationsfähigkeiten und Handlungskompetenzen der Beschäftigten sowohl in Bezug auf ihren Alltag wie auch hinsichtlich ihres beruflichen Lebenslaufes stärker akzentuierte. Dafür steht gewissermaßen im zeitlichen Querschnitt die mittlerweile umfangreiche Forschungstradition der „Alltäglichen Lebensführung“ (Kudera/Voß 2000; Jurczyk/Rerrich 1993; Voß 1991; Voß/Wehrich 2001), im Längsschnitt die der (Erwerbs-)Biographieforschung (exemplarisch für die Arbeiterschaft: Brock/Vetter 1982; Giegel et al. 1988). Damit ging eine stärkere Fokussierung auf jeweils bestimmte Beschäftigtengruppen bzw. Berufe innerhalb der verschiedenen Studien einher.⁶ Wobei man womöglich besser formulieren sollte: Diese Fokussierung wurde nun viel deutlicher gemacht, denn die vorangegangenen Studien hatten ebenfalls immer sehr spezifische Ausschnitte aus der Arbeitnehmer:innenschaft im Fokus (insbesondere die der ersten Phase, die ihre generalisierenden Thesen allein aus der Empirie aus einzelnen Werken der Eisen- und Stahlindustrie gewonnen hatten) – mit dem Anspruch, dabei natürlich diejenigen ausgewählt zu haben, die für die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik am prägendsten sein würden. Auf solche Ansprüche verzichteten die Vertreter:innen des Ansatzes Alltägliche Lebensführung weitgehend – mit der positiven Folge einer erheblicher Diversifizierung der Untersuchungsfelder.

Mit dieser subjektiven Reorientierung ging allerdings ein Verlust des soziologischen Blicks auf das Politische einher. Nun waren mehr oder weniger einheitliche politische Orientierungen angesichts einer zunehmenden Auflösung von Klassen und Schichten, die in der aufkommenden Diskussion um Individualisierung behauptet wurde, sowieso nicht zu erwarten gewesen. Gleichwohl hätte der Fokus auf Alltag und Biographie es nicht ausgeschlossen, die politischen Orientierungen einzubeziehen, auch ohne deren Erklärung durch Arbeitserfahrungen im Betrieb.

IV. In den letzten Jahren gibt es nun einerseits die Tendenz, den Geltungsanspruch der „bewusstseinsinteressierten“ Arbeitssoziologie in gewisser Hinsicht wieder zu erweitern. Dafür stehen die Studien „Nichtnormale Normalität“ vom Institut für Sozialforschung, Frankfurt a. M. (Hürtgen/Voswinkel 2014) sowie „Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit“ (Kratzer et al. 2015) vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München und vom Soziologischen Forschungsinstitut, Göttingen. Beide haben den Anspruch, ein breites Spektrum von Tätigkeiten bzw. Branchen zu umfassen. Natürlich war weder Erwartung noch Ergebnis, einheitliche Beschäftigtenorientierungen für „die“ Arbeitnehmer:innen zu identifizieren, gleichwohl fokussieren sie querliegende Anspruchs- und Deutungsmuster, die über Betriebsgrenzen und Berufsgruppen hinausgehen. Auch hier fehlt allerdings ein Fokus auf „größere“ politische Orientierungen, die den Horizont von individuellem Alltag, Biographie oder Betrieb überschreiten.⁷

⁶ Darunter viele, die bis dahin sträflich vernachlässigt worden waren.

⁷ Was als „politische Orientierungen“ von Arbeitnehmer:innen zu klassifizieren ist, hängt natürlich von der Definition des Politikbegriffs ab. Ein Begriff, der Politik eher als Handlungs- oder Interaktionsmodus (im Sinne interessengeleiteten Handelns, strategischer Aushandlungsprozesse usw.) versteht, findet das Politische in sozialen Einheiten aller Größenordnungen (so etwa der Ansatz der Mikropolitik). Ein eher klassischer staats- oder gesellschafts-

Andererseits finden sich in den letzten Jahren auch vermehrt Studien, die explizit das Untersuchungsfeld politischer Orientierungen für die Arbeitssoziologie zurückgewinnen möchten. Diese sind bislang allerdings durch einige Einschränkungen geprägt. Sie sind entweder erstens methodisch begrenzt und haben nur eine eher geringe empirische Reichweite, so etwa die beiden kleinen Studien zum Krisenbewusstsein („Krise ohne Konflikt“, „Krisenerfahrungen und Politik“) in Kooperation von ISF München und Wissenstransfer Hamburg (Detje et al. 2011; Detje et al. 2013). Oder, zweitens, sie fokussieren in erster Linie bestimmte soziale Gruppen wie das Prekariat. Dazu zählen insbesondere die Studien aus Jena, die explizit an das Konzept des „Gesellschaftsbildes“ anknüpfen (Dörre 2013; Lütten/Köster 2019). Drittens finden wir Studien (mit einem breiten Bereich der Überschneidung zur zweiten Gruppe), die gleichsam rückwärts vorgehen und bestimmte politische Orientierungen, nämlich rechtspopulistische, auf ihre möglichen arbeitsweltlichen Entstehungsbedingungen hin untersuchen (Bosse et al. 2018; Dörre et al. 2018; Dörre 2020; Menz/Nies 2019a und 2019b). In diesen Arbeiten der letzten zehn Jahre ist nun, durchaus im gewollten Anschluss an die ‚alten‘ Studien, wieder ausdrücklich von „Bewusstsein“ die Rede – ein Wort, das etwa zwanzig Jahre lang eine Art arbeitssoziologischer Tabubegriff war. Für die jüngere Zeit lässt sich also von den Anfängen einer „Revitalisierungsphase der Bewusstseinsforschung“ sprechen.

3 Repolitisierung der Bewusstseinsforschung – aber wie? Und warum überhaupt?

Wenn wir die Bewusstseinsforschung weiter *revitalisieren* und zugleich *repolitisieren* wollen, sollten selbstverständlich die Probleme der „goldenen“ Studien vermieden werden. Diese bestehen in mindestens zwei zentralen Punkten:

Die Studien beanspruchen, derart umfassende Bewusstseinsstrukturen, Gesellschaftsbilder, Deutungsmuster, soziale Relevanzstrukturen (welcher Begriff auch immer gewählt wird) zu identifizieren, dass damit sämtliche gesellschaftliche Erfahrungsbereiche abgedeckt werden. Die herausgearbeiteten Typen umfassen dann sowohl konkrete Arbeitserfahrungen, Einstellungen zur Mitbestimmung, politische Orientierungen und Vorstellungen von sozialer Ungleichheit. Damit wird nahegelegt bzw. methodologisch schon vorausgesetzt, dass das eine unmittelbar mit dem anderen zusammenhängt oder dass zumindest über dem gesamten Erfahrungshorizont jeweils ein einziges und zugleich umfassendes Deutungsmuster liegt. Am augenfälligsten sind die daraus resultierenden Probleme bei der Studie von Lothar Hack et al. (1979), und zwar gerade deshalb, weil sie insgesamt die differenzierteste und anspruchsvollste qualitative und quantitative Empirie aufweist. Die Autor:innen erarbeiten ein hoch differenziertes Spektrum von „sozialen Relevanzstrukturen“, das im Ergebnis höchst unübersichtlich gerät, weil sie allen Subjekten in ihrer Unterschiedlichkeit gerecht werden und zugleich sämtliche Lebensbereiche jedes Subjekts unter ein einheitliches Strukturmuster subsumieren wollen.

politischer Begriff (wie er in diesem Beitrag verwendet wird) fokussiert mit „Politik“ auf einen gesellschaftlichen Teilbereich, der von bestimmten Akteuren und Institutionen (wie Parteien, Parlamente, Bürokratien und ihren Führungsfiguren) geprägt wird, denen die Verantwortung für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse übertragen ist und die sich gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen müssen.

Zweitens kann die betriebliche Arbeitswelt kaum als primärer oder gar alleiniger bewusstseinsrelevanter Erfahrungsbereich gesetzt werden, von dem weitere Deutungen (etwa in Bezug auf Politik oder gesellschaftliche Ungleichheit) gewissermaßen deduziert werden können. Darauf hatte bereits frühzeitig die feministische Forschung hingewiesen (Becker-Schmidt 1980; Knapp 1981), und das gilt heute mehr denn je. Daher sollte die Frage nicht – wie früher – lauten, *wie* Arbeitserfahrungen die politischen Orientierungen beeinflussen, sondern die entsprechenden Studien müssten methodisch dafür offen sein, auch beantworten zu können, ob überhaupt. Den Schwerpunkt in den „neuen Bewusstseinsstudien“ weiterhin auf Erwerbsarbeit zu legen, ist damit nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sofern die Grenzen der Erklärungskraft respektiert werden und sofern berücksichtigt wird, dass mit der unterschiedlichen Zentralität von bezahlter Arbeit gegenüber unbezahlter sicherlich auch die Reichweite der Erklärung variieren dürfte – was selbstverständlich geschlechterbezogene Differenzen impliziert.

Aber welchen Sinn hat überhaupt eine Repolitisierung der Bewusstseinsforschung, wenn von vornherein klar ist, dass die arbeitssoziologische Erklärungskraft womöglich eher begrenzt ist? Sarah Nies und ich hatten kürzlich behauptet, dass wir es mit einer Entkopplung der Deutungssphären von ‚Arbeit‘ und ‚Politik‘ zu tun haben. Politische Akteure, Prozesse und Institutionen werden heute kaum aus der Subjektposition als Arbeitnehmer:in wahrgenommen und beurteilt (Menz/Nies 2021). Beispielsweise spielen arbeitspolitische Themen bei Entscheidungen der Wähler:innen kaum eine Rolle. Falls das stimmt, hieße das keinesfalls, dass die Arbeitssoziologie zum Thema des politischen Bewusstseins nichts beizutragen hätte. Ganz im Gegenteil wäre zu fragen, ob es für diese Sphärenentkopplung nicht selbst wiederum arbeitsweltliche Bestimmungsgründe gibt, die entsprechend zu untersuchen sind.⁸

3.1 ‚Arbeit‘ und ‚Politik‘ in kognitiver und normativer Perspektive

Diese Bewegung zwischen den Sphären Arbeitswelt und Politik im Bewusstsein (ihre Entkopplung oder vielleicht auch wieder Annäherung) muss sich in einer zu aktualisierenden Bewusstseinsforschung auch methodologisch niederschlagen. Wir müssen also unterscheiden zwischen den Feldern und nicht beide unter ein feldübergreifendes Konzept (soziale Relevanzstrukturen, Gesellschaftsbilder usw.) subsumieren. Als Aufgabe für die Empirie formuliert: In diesem Sinne gilt es ‚Arbeitsbilder‘ und ‚Bilder des Politischen‘ zunächst getrennt zu typisieren, also innerhalb der Felder jeweils unterschiedliche Orientierungsmuster zu rekonstruieren, um in einem zweiten Schritt zu untersuchen, welche Bezüge sich finden lassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir es in empirischer Perspektive in beiden Feldern mit *Interpretationen* durch die Subjekte zu tun haben. Wir erheben in der Regel nicht unmittelbar Arbeitsbedingungen, also die „objektive Seite“, sondern wir untersuchen gedeutete Arbeitserfahrungen

⁸ Diese These ist im Übrigen etwas konträr zu einer anderen „Entkopplungsthese“ hinsichtlich Politik und Arbeit, und zwar der Behauptung einer „Repräsentationslücke“ (Eribon 2016; Jörke/Nachtwey 2017; Urban 2019). Sie beinhaltet, dass Arbeitnehmer:innen-Interessen in der Politik keine Vertretung mehr finden, dass die Politik (bzw. die Parteien, insbesondere die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen) die Arbeiter:innen verlassen hätten – eine Lücke, die rechtspopulistische Parteien nutzen würden. Unsere These würde eher nahelegen, dass es andersherum war: dass die Arbeiter:innen die (bestehenden) Parteien verlassen haben. Denn auch nach der Neoliberalisierung der Sozialdemokratie standen ja durchaus weitere politische Angebote zur Verfügung; andere linke Parteien wurden aber kaum gewählt. Unsere Vermutung wäre: Die Arbeiter:innen trauen der Politik gar nicht mehr zu, für die eigene Arbeitssituation relevante Entscheidungen treffen zu können. Entsprechend wäre Arbeitspolitik für sie gar nicht das entscheidende Politikfeld bei ihrem Wahlverhalten.

oder präziser noch: im Interview geschilderte Arbeitserfahrungen. Und die rekonstruierten Orientierungsmuster stehen nicht in einem direkten Verursachungszusammenhang wie Explanans (Arbeit) und Explanandum (politische Orientierungen). Vielmehr können Vorstellungen des Politischen auch die Interpretation der Arbeitserfahrungen mit-strukturieren.

Neben der Differenzierung nach Feldern benötigen wir eine weitere Unterscheidung. Welches Verhältnis die Arbeitnehmer:innen zur Politik einnehmen, hängt nicht nur davon ab, was sie von politischen Akteuren normativ einfordern, sondern auch davon, was sie ihnen innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Systems überhaupt zutrauen und wie die Verhältnisse beschaffen sind, die dafür verantwortlich sind. Wir müssen also eine *normative* und eine *deskriptive* Dimension unterscheiden. Der entsprechende Begriffsvorschlag lautet:

Mit „*Deutungsmustern*“ wird die *kognitive Dimension* bezeichnet, die Bilder der ‚Realität‘, die Fragen der Beschaffenheit, der Faktizität der Verhältnisse, aber auch deren Veränderbarkeit. „*Anspruchsmuster*“ beinhalten demgegenüber die *normative Dimension* – Vorstellungen von ‚Anrechten“ sowie von Zielen und Wünschen, also (im lockeren Anschluss an die Unterscheidung von Habermas 1981), Fragen der „Richtigkeit“. Beide Dimensionen dürften in der empirischen Untersuchung nur analytisch voneinander trennbar sein, markieren aber eine durchaus wichtige Differenz. Als Oberbegriff könnte der Begriff der „*Orientierungsmuster*“ dienen, der dann sowohl die kognitive als auch die normative Dimension umfasst.⁹

Setzen wir dies in Bezug zu den Feldern, ergibt sich folgende Systematik (Tabelle 1):

<i>Felder</i> (und darauf bezogene Orientierungsmuster)	<i>kognitive Dimension</i> (Deutungsmuster)	<i>normative Dimension</i> (Anspruchsmuster)	Bezug auf <i>Handlungsfähigkeiten</i>
Arbeitsorientierungen/ arbeitsbezogene Orientierungsmuster	Wahrnehmung und Deutung der eigenen Arbeitssituation sowie der Erwerbsbiographie (Arbeitserfahrungen)	Wünsche und Ansprüche an Arbeit	Fähigkeiten zum Handeln und zur Gestaltbarkeit der Arbeitssituation und der Erwerbsarbeitsbiographie
Politische Orientierungen/ politische Orientierungsmuster	Wahrnehmung und Deutungen des Politischen	Wünsche und Ansprüche an Politik (politische Präferenzen)	Handlungsfähigkeiten der politischen Akteure und Institutionen; Einflussfähigkeit der Arbeitnehmer:innen auf Akteure/ Institutionen

Tabelle 1: Systematik von arbeitsweltlichen und politischen Orientierungsmustern (eigene Darstellung)

⁹ Diese Begriffsverwendung unterscheidet sich also von derjenigen der Deutungsmusteranalyse (mit unterschiedlichen theoretischen Hintergründen: Neuendorff/Sabel 1976; Oevermann 2001), die sowohl die kognitive als auch die normative Dimensionen unter den Deutungsmusterbegriff fasst. Mit der dokumentarischen Methode, die den Begriff der ‚Orientierungsmuster‘ ins Zentrum rückt, geht der Begriffsvorschlag insofern konform, dass geteilte Sinnmuster zu rekonstruieren sind, die sich in manifesten Äußerungen dokumentieren, sowie hinsichtlich der Differenzierung von propositionaler Logik und normativen Prinzipien, nicht aber in Bezug auf die weitere begriffliche Unterscheidung von „Orientierungsrahmen“ und „schemata“ (Bohnsack 2014 und 2018).

3.2 Handlungsfähigkeiten und Vergleichspositionen als intermediäre Konzepte

Jetzt steht noch die Frage an, wie zwischen den beiden (Orientierungs-)Feldern Arbeit und Politik konzeptionell vermittelt werden kann. Als intermediäre Begriffe, die als „sensitising concepts“ fungieren, sollen hier einerseits ‚*Handlungsfähigkeiten*‘, andererseits ‚*Vergleichspositionen*‘ vorgeschlagen werden. Handlungsfähigkeiten sind im Wesentlichen Teil der kognitiven, Vergleichspositionen der normativen Dimension.

Unter *Handlungsfähigkeiten* sollen die subjektiven Fähigkeiten und Kompetenzen von Akteur:innen sowie die Handlungsbedingungen, die die Akteur:innen befähigen, entsprechend eigener Vorstellungen, Ansprüche und Interessen zu handeln, verstanden werden. Bzw., stärker an der methodischen Ausrichtung auf „Bewusstseinsstudien“ orientiert: die *Vorstellungen* über diese Fähigkeiten und Handlungsbedingungen, also die subjektive Einschätzung der Beschaffenheit und des Ausmaßes der Handlungsfähigkeiten.¹⁰ Dabei lassen sich nach ihrer Reichweite unterscheiden: *exekutive* Handlungsfähigkeiten (Möglichkeit zur selbstorganisierten Umsetzung von gegebenen Zwecken), *obstinative* Handlungsfähigkeiten (Möglichkeit eigener Zwecksetzungen), *transformative* Handlungsfähigkeiten (Fähigkeit, grundlegende Umbrüche herbeizuführen).¹¹

1) *Exekutive Handlungsfähigkeiten* beinhalten, die Arbeitstätigkeit so ausführen zu können, dass ich dabei eigenen Regeln folgen kann. Sehe ich mich als jemanden, der über die Art und Weise der Umsetzung der Ziele selbst entscheiden kann oder folge ich bloß bürokratischen Vorgaben, Vorgesetztenanweisungen oder dem visuellen Signal des Pick-by-Light? Über exekutive Handlungsfähigkeiten zu verfügen, heißt entsprechend eigener Vorstellungen über die Ausführung der Arbeit „mitzumachen“. Dies beinhaltet also die Möglichkeit zur Selbststrukturierung und Selbstorganisation, bleibt aber insgesamt den Zielen und Verfahren des Unternehmens verpflichtet.

2) Handlungsfähigkeiten können auch bedeuten, Vorgaben und Ansprüchen von Unternehmens- oder Vorgesetzenseite zu opponieren und ihnen im eigenen Handeln nicht zu folgen. Diese *obstinativen* Handlungsfähigkeiten umfassen das „Vermögen, ‚anders‘ zu handeln als erwartet, eigensinnig oder widerständig zu sein, als Möglichkeit, sich Anforderungen und Zumutungen zu entziehen, dies aber nicht unbedingt bewusst oder intentional“ (Carstensen 2020: 13). Sie beinhalten nicht nur aktives Tun, sondern auch Unterlassen, also passiven Widerstand. Obstinative Handlungsfähigkeiten sind die Fähigkeit und Möglichkeit, „nicht mitzumachen“.

3) Die dritte Form lässt sich als *transformative Handlungsfähigkeiten* bezeichnen. Sie umfasst das (eingeschätzte) Vermögen, Zielen und Verfahren nicht nur opponieren oder sich ihnen entziehen zu können, sondern selbst Einfluss auf ihre Gestaltung nehmen zu können. Dies

¹⁰ Es geht dabei zunächst nicht darum, ob die (wahrgenommenen) Handlungsfähigkeiten tatsächlich in konkretem Handeln ihren Niederschlag finden, sondern um die *Potenzialität* des Handelns. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass die Erfahrung von Handlungswirksamkeit (also vom Erfolg des eigenen Handelns) sich positiv auf die Vorstellungen der eigenen Handlungsfähigkeit auswirkt.

¹¹ Mit der Unterscheidung zwischen den drei Ebenen orientiere ich mich an der Differenzierung von Handlungsfähigkeiten von Carstensen (2020), die ich für meine Zwecke an verschiedenen Punkten etwas anders akzentuiere und stärker auf das Handlungsfeld Arbeit beziehe.

kann sich auf unterschiedliche Ebenen beziehen – Arbeitsumfeld, Betrieb, intermediäre Institutionen bis hin zu Gesellschaft und Ökonomie insgesamt. Über eine solche „Handlungsfähigkeit als Kritik an den Verhältnissen“ (ebd.: 15) zu verfügen, setzt zumeist voraus, sich mit Anderen zusammenzuschließen. Transformative Handlungsfähigkeit ist also kooperative oder kollektive Handlungsfähigkeit. Sie vollzieht sich häufig in organisierten Zusammenhängen (z. B. in und mit Gewerkschaften).¹²

Um die Frage nach dem Verhältnis von Arbeitsorientierungen und politischen Orientierungen beantworten (oder zumindest stellen) zu können, müssen nicht nur die *Selbst*zuschreibung von Handlungsfähigkeiten in den Blick genommen werden, sondern auch die *Fremd*zuschreibungen, die die Arbeitnehmer:innen in Bezug auf politische Institutionen und Akteure formulieren. Welche Handlungs- und Regulierungsmöglichkeiten hinsichtlich Arbeit trauen sie der Politik zu? Was begrenzt das Potenzial, gesellschaftliche und insbesondere ökonomische Bedingungen zu verändern?

Eine empirische Frage (die dann anschließend natürlich theoretisch erklärt werden müsste) ist nun, wie die beiden zugeschriebenen Handlungsfähigkeiten miteinander zusammenhängen. Hier wäre Verschiedenes denkbar: Die Beschäftigten nehmen geringe eigene Handlungsfähigkeiten in der Arbeit wahr und verbinden das mit einem ähnlichen Bild hinsichtlich des Politischen. Etwa: ökonomische oder technische Objektivitäten begrenzen Handlungsmöglichkeiten generell, hier die politische Gestaltungsfähigkeit, dort den eigenen Entscheidungsspielraum in der Arbeit. Wir leben im Kleinen wie im Großen unter „post-politischen Bedingungen“. Oder aber auch: Weil *meine* Handlungsfähigkeiten begrenzt sind, ist es nötig (und auch *möglich?*) *politische* Regulierungen einzuziehen. Ebenso: Meine Ohnmacht in der Arbeit ist eine Folge davon, dass die Politik sich aus der Arbeitspolitik zurückzieht (also: in der Politik *bestünde* Handlungsfähigkeit, die politischen Akteure verzichten aber darauf, sie zu nutzen). Oder auch: Die *politischen* Handlungsmöglichkeiten sind begrenzt, es ist im Gegenteil Aufgabe der Beschäftigten selbst, aktiv zu werden (aber bestehen dazu auch die Möglichkeiten?). Wir können also von einem Feld nicht einfach auf das andere Feld schließen, gleichwohl können die Vorstellungen in Bezug auf beide miteinander zusammenhängen.

Die Anmerkungen zum zweiten intermediären Begriff, „*Vergleichshorizonte*“, können an dieser Stelle kurz gehalten werden, denn letztlich handelt es sich hier um einen common sense der Gerechtigkeitsforschung (Dubet 2008; Runciman 1966): Normative Ansprüche entstehen

¹² Auch wenn die Unterscheidung in einigen Punkten Parallelen zum Konzept der Handlungsfähigkeit von Holzkamp aufweist, so ergeben sich doch zentrale Unterschiede. Seine „restriktive Handlungsfähigkeit“ ist im Wesentlichen eine selbstschädigende, angstbasierte Rücknahme möglicher Gestaltungsansprüche, für die es selbst wiederum (nicht-erkannte) gesellschaftliche Ursachen gibt. Demgegenüber basiert die „verallgemeinerte Handlungsfähigkeit“ auf der Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen und hat letztlich deren gestaltende Verbesserung zur Folge oder zumindest zum Ziel. Sie ist gleichsam vernunftbasiert und Ergebnis einer bewussten Entscheidung (Holzkamp 1985, vgl. zum Konzept der Handlungsfähigkeit in der Kritischen Psychologie auch Nowak et al. 2012: 17ff.). Die hier vorgeschlagene Begrifflichkeit entzieht sich dagegen einer unmittelbaren Bewertung. Ob die obstinaten Handlungen individuell oder gesellschaftlich sinnvoll sind, kann und soll nicht entschieden werden. Ebenso soll nicht vorab ausgeschlossen werden, dass eine „nur“ exekutive Handlung aus guten Gründen (und nicht aufgrund von zwar gesellschaftlich verursachten, aber im Endeffekt sachlich unangemessenen Emotionen, Holzkamp 1985: 402ff.) erfolgen könnte. Und ob die „transformativen Handlungsfähigkeiten“ entsprechend solchen Zielen verlaufen, die den politischen Orientierungen der soziologischen Beobachter:innen entsprechen oder nicht, ändert zunächst einmal nichts an ihrem Charakter und ihren Merkmalen.

(auch) aus Vergleichen, sie werden relational entwickelt und formuliert. Einerseits haben Anspruchsmuster eine *materiale Dimension*. Diese beinhaltet die normativen Grundprinzipien der Ansprüche (also z. B. Gerechtigkeitsansprüche, Würdeansprüche.)¹³ Andererseits benötigen Vergleiche bestimmte Maßstäbe, anhand derer *innerhalb* der normativen Kategorien die Ausprägung der Ansprüche, gewissermaßen ihre Höhe, entwickelt wird. Beispiel: Ich lege bei der Formulierung meiner Ansprüche hinsichtlich meines Gehalts das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit zugrunde (Leistungsgerechtigkeit ist als ‚materiale Dimension‘ das normative Grundprinzip. Auch andere wären denkbar in Entgeltfragen, z. B. das Bedürfnisprinzip). Daraus ergibt sich aber noch nicht meine geforderte bzw. erwartete Entgelthöhe. Dafür stelle ich mich in Bezug zu anderen Beschäftigten: Welchen Lohn erhalten sie für welche Leistung? Leiste ich mehr oder weniger und habe damit Anspruch auf mehr oder weniger Kompensation dafür? Damit wird relevant, mit wem ich mich vergleiche. Was ist also die Position der „Anderen“?

Als solche Bezüge, die die Vergleichsmaßstäbe bilden, dienen in der Regel nicht vereinzelte Orientierungspunkte, sondern breitere Horizonte, die wiederum differieren können. Beispielsweise: Vergleiche ich mich mit meinen unmittelbaren Kolleg:innen in der Arbeitsgruppe, ordne ich mich in die gesamtgesellschaftliche Sozialstruktur ein oder stelle ich meine Situation in Bezug zu Ungleichheitsrelationen im globalen Maße.

4 Eine kurze empirische Illustration

Was kann nun eine solche Heuristik leisten? Dazu eine kurze Illustration, und zwar am Beispiel rechtspopulistischer Orientierungen von Arbeitnehmer:innen, die, wie gesagt, das aktuell am meisten bearbeitete Forschungsfeld zum Zusammenhang von Arbeit und Politik in den „neuen“ Bewusstseinsstudien sind.¹⁴

Zur Frage der *Handlungsfähigkeiten*: In der quantitativen Studie von Hilmer et al. (2017) findet sich der interessante Befund, dass rechtspopulistische Wähler:innen häufiger von Abhängigkeits- und Ohnmachtserfahrungen durch Digitalisierung in der Arbeit berichten (etwa durch ständige Erreichbarkeit). In den hier vorgeschlagenen Begriffen lässt sich dies – stark vereinfacht – so deuten: Wer in der Arbeit nur begrenzte eigene Handlungsfähigkeiten sieht, entwickelt den Wunsch nach einem autoritären politischen Durchgriff, letztlich also dem Wunsch nach Handlungsfähigkeit „oben“. Dies geschieht allerdings eigenartiger Weise nicht in Bezug auf die Regulierung von Arbeit. Dies könnte man wiederum folgendermaßen interpretieren: Die Arbeitswelt erscheint gar nicht mehr als Bereich politischer Gestaltbarkeit. Dies kann sowohl den eigenen Arbeitserfahrungen entsprechen wie auch dem langjährigen politischen Mantra der Alternativlosigkeit. Der Wunsch nach Re-Etablierung von Handlungsmacht wird dann auf ein Feld verschoben, das bislang noch als politisch entscheidbar galt: die Migra-

¹³ Eine empirisch basierte Differenzierung solcher „materialer“ Ansprüche haben wir in der genannten Studie „Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit“ erarbeitet (Kratzer et al. 2019).

¹⁴ Die zugrunde liegenden Überlegungen sind nicht exklusiv für diesen Artikel entstanden, sondern gemeinsam mit Sarah Nies erarbeitet (Menz/Nies 2019a und 2019b).

tionspolitik oder auch innere Sicherheit.¹⁵ Hier wird also das ausagiert, was im Feld der Arbeitspolitik versagt zu sein erscheint.

Die Studie zeigt aber auch, dass *subjektive* Bewertung und *objektive* Position bei Rechtspopulist:innen teilweise auseinanderfallen. Sie schätzen ihre Lage als schlechter ein als die von ihnen angegebenen sozialstrukturellen Daten vermuten lassen. Offenbar interpretieren sie ihre Lage auch auf Basis ihrer politischen Orientierungsmuster und sehen sich vor diesem Hintergrund stärker als Opfer der Verhältnisse als andere Arbeitnehmer:innen in der gleichen Position. Die Richtung der Erklärung von Arbeits- und politischem Bewusstsein ist also keineswegs eindeutig. So wie man annehmen kann, dass wahrgenommene Handlungsfähigkeit in der Arbeitssphäre politisches Bewusstsein beeinflusst, scheint umgekehrt politisches Bewusstsein auch die Deutung der Arbeitserfahrung zu beeinflussen.

Damit sind wir bei der Frage der Vergleichshorizonte: Einer unserer eigenen Befunde lautet, dass viele Beschäftigte (nicht unbedingt oder ausschließlich rechtspopulistische – das gibt unsere Empirie nicht her) sich nicht in einer Position „relativer Deprivation“, sondern vielmehr „relativer Privilegierung“ sehen (Menz/Nies 2019a). Sie diagnostizieren häufig eine allgemeine sozialökonomische Verschlechterung, sehen sich selbst aber noch als relative Gewinner:innen (oder vielmehr weniger starke Verlierer:innen) in der „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016). Das lässt sich aus der Verschiebung von Vergleichspositionen erklären. Gruppen, die früher gar nicht im eigenen Horizont auftauchten, rücken in letzter Zeit immer mehr an die Arbeitnehmer:innen heran. Man arbeitet mit Leiharbeiter:innen enger zusammen, kooperiert häufig mit ihnen direkt am Arbeitsplatz; man weiß, dass jüngere Kolleg:innen weniger verdienen als man selbst; in der Wirtschaftskrise fällt der Blick auf die südeuropäischen Schuldnerstaaten; die reale oder mediale Anwesenheit von Geflüchteten macht deutlich, dass die eigene materielle Situation im globalen Vergleich ziemlich gut ist. Das würde aber bedeuten, sich eingestehen zu müssen, dass die eigene soziale Position nicht durch die eigene Leistung normativ gerechtfertigt werden kann (man hat sie sich nicht selbst verdient, auch wenn sie durchaus nicht rosig ist). Wer diese Einsicht vermeiden, also die relative Privilegierung ausblenden möchte, definiert sich selbst entweder in der sozialen Positionierung weiter nach unten oder exkludiert die Vergleichspersonen aus dem normativen Horizont heraus (z. B. die Geflüchteten). Beides finden wir offenbar bei Rechtspopulist:innen.

Dies sind bislang bloße Hypothesen. Aber sie illustrieren, dass ‚Handlungsfähigkeiten‘ und ‚Vergleichshorizonte‘ als ‚sensibilisierende Begriffe‘ tauglich sein können, zwischen Arbeitswelt und Politik zu vermitteln und damit künftige Forschungen zu Arbeitnehmer:innenbewusstsein anzuleiten.

5 Ausblick

In der Corona-Krise ist die Frage der Gestaltbarkeit von Arbeit wieder neu aufgeworfen. Einerseits wurden mit den Gesundheitsschutzmaßnahmen neue regulierende Eingriffe in die Arbeitswelt durchgesetzt. Vergleicht man sie mit den Beschränkungen in Bildungsbereich und

¹⁵ Analysen des Wahlverhaltens von AfD-Wähler:innen belegen vielfach, dass es weder sozialpolitische noch wirtschaftliche Themen sind, sondern vielmehr die Fragen Migration und innere Sicherheit, von denen sie ihre Wahlentscheidung abhängig machen.

privatem Konsum (übergangsweise sogar in der persönlichen Bewegungsfreiheit), fallen sie andererseits sehr bescheiden aus, zudem standen sie überwiegend unter dem Vorbehalt der organisatorischen und ökonomischen Realisierbarkeit. Ob während der Pandemie insgesamt Vorstellungen eines naturwüchsigen Zwangs der Notwendigkeit brüchig oder vielmehr verstärkt werden und ob wir es mit einer (wahrgenommenen) Rückkehr der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit im Hinblick auf Arbeit oder vielmehr einer Verfestigung von Objektivitätsvorstellungen zu tun haben, ist offen. Zumindest ist sichtbar geworden, dass Sparnotwendigkeiten unter Krisenbedingungen plötzlich ihren Sachzwangcharakter verlieren. So könnte beispielsweise ins Bewusstsein treten, dass die unzureichende Ausstattung der Krankenhäuser nicht einfach eine unabwendbare Folge einer marktunterworfenen Daseinsfürsorge ist, sondern dass Staat, Krankenkassen und Klinik-Unternehmen – wenn es nötig ist – recht schnell finanzielle Ressourcen mobilisieren können. Das könnte folgenreich dafür sein, wie die Beschäftigten in den Kliniken die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit einschätzen. Sie könnten zu der Annahme gelangen, dass ihr Handlungsvermögen weiter reicht, als sie bislang gedacht haben, durchaus im Sinne einer „transformativen Handlungsfähigkeit“. Aber auch gegenteilige Wahrnehmungen sind denkbar – dass Krisenfolgen nur durch persönliches Engagement und Zurückstellen eigener Interessen bewältigt werden können.

Die Einschätzung der eigenen Handlungsfähigkeit wie auch die der politischen Akteure und Institutionen ist in Bewegung geraten – und zwar nicht unbedingt in gleichgerichteter, sondern auch in entgegengesetzter, widersprüchlicher Weise. Eine arbeitssoziologische Analyse von Arbeitsbewusstsein und politischem Bewusstsein, die solche Differenzen, Verschiebungen und Widersprüche in den Blick nimmt, wird damit heute umso relevanter.

Literatur

- Becker-Schmidt, Regina (1980): Widersprüchliche Realität und Ambivalenz. Arbeitserfahrungen von Frauen in Fabrik und Familie. In: KZfSS 32 (4): 705–725.
- Bohnsack, Ralf (2018): Orientierungsmuster. In: Ralf Bohnsack, Michael Meuser und Alexander Geimer (Hg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. 4. Aufl. Stuttgart: UTB/Barbara Budrich, 183–184. DOI: 10.36198/9783838587479.
- Bohnsack, Ralf (2014): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 9. Aufl. Stuttgart: UTB/Barbara Budrich.
- Bosse, Sophie; Köster, Jakob; Lütten, John (2018): Rechtspopulistische Gewerkschaftsaktive: Gesellschaftsbilder und Einstellungsmuster aktiver Gewerkschaftsmitglieder. In: Karina Becker, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Frankfurt a. M., New York: Campus, 211–226.
- Brandt, Gerhard (1984): Marx und die neuere deutsche Industriesoziologie. In: ders.: Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 254–280.
- Brock, Ditmar; Vetter, Hans-Rolf (1982): Alltägliche Arbeiterexistenz. Soziologische Rekonstruktionen des Zusammenhangs von Lohnarbeit und Biographie. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Carstensen, Tanja (2020): Handlungsfähigkeit im digitalen Zeitalter. München: Habilitationsschrift, Ludwig-Maximilians-Universität.

- Detje, Richard; Menz, Wolfgang; Nies, Sarah; Sauer, Dieter; Bischoff, Joachim (2013): Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat. Hamburg: VSA.
- Detje, Richard; Menz, Wolfgang; Nies, Sarah; Sauer, Dieter (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen. Hamburg: VSA.
- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange: Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dörre, Klaus (2013): Übriggebliebene und Verwundbare. Das Gesellschaftsbild des Prekariats in Fremdzuschreibungen und Selbstzeugnissen. In: Klaus Dörre, Anja Happ und Ingo Matuschek (Hg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg: VSA-Verlag, 132–180.
- Dörre, Klaus; Bose, Sophie; Lütten, John; Köster, Jakob (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: Berliner Journal für Soziologie 28 (1-2): 55–89. DOI: 10.1007/s11609-018-0352-z.
- Dubet, François (2008): Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz. Hamburg: Hamburger Edition.
- Eckart, Christel; Herding, Richard; Jaerisch, Ursula; Japp, Klaus; Kirchlechner, Berndt (1975): Arbeiterbewusstsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung. Empirische Thesen zum „instrumentellen Bewusstsein“. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 7–64.
- Eckart, Christel; Herding, Richard; Jaerisch, Ursula; Japp, Klaus; Kirchlechner, Berndt (1974): Soziale Ungleichheit und materielle Ansprüche. Veränderungen der Interessenorientierung von Arbeitern und Angestellten. Forschungsbericht, 2 Bde. Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Friedeburg, Ludwig von (1963): Soziologie des Betriebsklimas. Studien zur Deutung empirischer Untersuchungen in industriellen Großbetrieben. Frankfurt a. M.: EVA (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 13).
- Giegel, Hans-Joachim (1989): Der Lohnarbeiter als Subjekt. Von der Analyse des Arbeiterbewusstseins zur Biographieforschung. In: Ditmar Brock, Hans Rudolf Leu, Christina Preiß und Hans-Rolf Vetter (Hg.): Subjektivität im gesellschaftlichen Wandel. Umbrüche im beruflichen Sozialisationsprozess. München: Deutsches Jugendinstitut Materialien, 100–128.
- Giegel, Hans-Joachim; Frank, Gerhard; Billerbeck, Uli (1988): Industriearbeit und Selbstbehauptung. Berufsbiographische Orientierung und Gesundheitsverhalten in gefährdeten Lebensverhältnissen. Opladen: Leske + Budrich.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hack, Lothar; Brose, Hanns-Georg; Czasny, Karl; Hack, Ingrid; Hager, Frithjof; Moser, Roland; Viesel, Karin (1979): Leistung und Herrschaft. Soziale Strukturzusammenhänge subjektiver Relevanz bei jüngeren Industriearbeitern. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Herding, Richard; Kirchlechner, Berndt (1979): Lohnarbeiterinteressen. Homogenität und Fraktionierung. Eine empirische Untersuchung bei westdeutschen Arbeitern und Angestellten über soziale Ungleichheit und materielle Ansprüche. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Hilmer, Richard; Kohlrausch, Bettina; Müller-Hilmer, Rita; Gagné, Jérémie (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung Nr. 044.

- Holzkamp, Klaus (1985): *Grundlegung der Psychologie*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Honneth, Axel (2020): Demokratie und soziale Arbeitsteilung. Noch ein vernachlässigtes Kapitel der politischen Philosophie. In: ders.: *Die Armut unserer Freiheit. Aufsätze 2012-2019*, 208–223. Berlin: Suhrkamp.
- Hürtgen, Stefanie; Voswinkel, Stephan (2014): *Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte*. Berlin: Edition Sigma.
- IfS (1955): *Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet*. Frankfurt a. M.: EVA (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 3).
- Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver (2017): Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien. In: dies. (Hg.): *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie: Leviathan Sonderband*, 161–186. DOI: 10.5771/9783845287843.
- Jurczyk, Karin; Rerrich, Maria S. (Hg.) (1993): *Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung*. Freiburg: Lambertus.
- Kern, Horst; Schumann, Michael (1970): *Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewusstsein*, 2 Bde. Frankfurt a. M.: EVA.
- Kiess, Johannes; Schmidt, Andre (2020): Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 119–147. DOI: 10.30820/9783837977714.
- Kim, Jungook (2021): Does participation in the workplace spill over into political participation? A latent class analysis approach to patterns of political behavior. In: *Journal of Participation and Employee Ownership* 4 (2): 174–189. DOI: 10.1108/JPEO-08-2021-0004.
- Knapp, Gudrun-Axeli (1981): *Industriearbeit und Instrumentalismus. Zur Geschichte eines Vor-Urteils*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Kratzer, Nick; Menz, Wolfgang; Tullius, Knut; Wolf, Harald (2019): *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*. 2. Aufl. Baden-Baden: edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kratzer, Nick; Menz, Wolfgang; Tullius, Knut; Wolf, Harald (2015): *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*. Baden-Baden: edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kudera, Werner; Voß, G. Günter (Hg.) (2000): *Lebensführung und Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kudera, Werner; Mangold, Werner; Ruff, Konrad; Schmidt, Rudi; Wentzke, Theodor (1979): *Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung*. Frankfurt a. M.: EVA.
- Lütten, John; Köster, Jakob (2019): Prekarität und Gesellschaftsbilder jenseits des Rechtspopulismus. Eine sekundäranalytische Suche. In: Wolfgang Dunkel, Heidemarie Hanekop und Nicole Mayer-Ahuja (Hg.): *Blick zurück nach vorn. Sekundäranalysen zum Wandel von Arbeit nach dem Fordismus*. Frankfurt a. M.: Campus (Labour Studies 25), 291–326.
- Menz, Wolfgang (2021): Normative Claims toward Work, Crises of Legitimation and Mobilisation Wolfgang Menz. In: Antonia Kupfer (Hg.): *Work Appropriation and Social Inequality*. Wilmington: VERNON PRESS, 123–145.

- Menz, Wolfgang (2009): Die Legitimität des Marktregimes. Leistungs- und Gerechtigkeitsorientierungen in neuen Formen betrieblicher Leistungspolitik. Wiesbaden: VS.
- Menz, Wolfgang; Nies, Sarah (2021): Ansprüche an Arbeit, Krisen der Legitimität und interessenpolitische Mobilisierung. Online-Publikation 5/2021 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/44306/ansprueche-an-arbeit-krisen-der-legitimitaet-und-interessenpolitische-mobilisierung> (Zugriff: 1.6.2022).
- Menz, Wolfgang; Nies, Sarah (2019a): Fragile Sicherheiten und Legitimationsprobleme. Rechtspopulismus aus arbeitssoziologischer Perspektive. In: WSI-Mitteilungen 72 (3): 177–184. DOI: 10.5771/0342-300X-2019-3-177.
- Menz, Wolfgang; Nies, Sarah (2019b): Marktautoritarismus und bedrohte Selbstverständnisse. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In: Carina Book, Nicolai Huke und Sebastian Klauke (Hg.): Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der „imperiale Lebensweise“, Externalisierung und exklusive Solidarität. Münster: Westf. Dampfboot, 207–227.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Neuendorff, Hartmut; Sabel, Charles (1976): Zur relativen Autonomie der Deutungsmuster. In: Karl Martin Bolte (Hg.): Materialien aus der soziologischen Forschung. Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages. München, 842–463.
- Nowak, Iris; Hausotter, Jette; Winker, Gabriele (2012): Handlungsfähigkeit in entgrenzten Verhältnissen. Hamburg: TUHH. URL: <https://tore.tuhh.de/handle/11420/1045> (Zugriff: 1.6.2022).
- Oevermann, Ulrich (2001): Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern. In: Sozialer Sinn 2 (1): 3–34. DOI: 10.1515/sosi-2001-0102.
- Pateman, Carole (1970): Participation and Democratic Theory. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pirker, Theo; Lutz, Burkart; Braun, Siegfried (1955): Arbeiter – Management – Mitbestimmung. Eine industriesoziologische Untersuchung der Struktur, der Organisation und des Verhaltens der Arbeiterbelegschaften in Werken der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, für die das Mitbestimmungsgesetz gilt. Stuttgart, Düsseldorf: Rink-Verlag.
- Popitz, Heinrich; Bahrdt, Hans-Paul; Jüres, Ernst August; Kesting, Hanno (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen: Mohr.
- Runciman, W. G. (1966): Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England. London: Routledge & Keagon Paul.
- Teschner, Manfred (1961): Zum Verhältnis von Betriebsklima und Arbeitsorganisation. Eine betriebssoziologische Studie. Frankfurt a. M.: EVA (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Sonderheft 2).
- Urban, Hans-Jürgen (2019): Die demokratiepolitische Bringschuld. In: WSI-Mitteilungen 72 (3): 235–237.
- Veltman, Andrea (2016): Meaningful Work. Oxford: Oxford University Press.
- Voß, G. Günter (1991): Lebensführung als Arbeit. Über die Autonomie der Person im Alltag der Gesellschaft. Stuttgart: Enke.
- Voß, G. Günter (1984): Bewusstsein ohne Subjekt? Eine Kritik des industriesoziologischen Bewusstseinsbegriffs. Großhesselohe: Hampp.
- Voß, G. Günter; Wehrich, Margit (Hg.) (2001): tagaus – tagein. Neue Beiträge zur Soziologie Alltäglicher Lebensführung. München, Mering: Hampp.